



Stadtverordnetenfraktion FDP
Rheinstr. 22 — 64283 Darmstadt
Tel./Fax: 06151/2 44 72, 06151/2 07 27
Email: info@fdp-darmstadt.de
Internet: www.fdp-darmstadt.de

6. November 2010

**Antrag der FDP-Fraktion betr.
Einrichtung eines kommunalen Schutzschild**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt und unterstützt das Vorhaben der hessischen Landesregierung Schulden der Kommunen in Höhe von bis zu 3 Mrd. Euro in einen „kommunalen Gemeinschaftsfonds“ zu übernehmen.
2. Der Magistrat wird aufgefordert sich aktiv über die kommunalen Spitzenverbände an den Gesprächen mit der hessischen Landesregierung über die Ausgestaltung des Gemeinschaftsfonds zu beteiligen.
3. Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt den Vorschlag der Landesregierung nur gemeinsam und im Konsens mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände die Konzeption und den Kriterienkatalog für die Inanspruchnahme des kommunalen Schutzschildes zu erstellen.

Begründung:

Mit dem kommunalen Schutzschild leistet das Land Hessen einen wichtigen Beitrag zur Sanierung der Haushalte finanzschwacher Kommunen. Obwohl die hessischen Kommunen im deutschlandweiten Vergleich regelmäßig die höchsten Steuereinnahmen erzielen, haben zahlreiche Kommunen mit Haushaltsproblemen zu kämpfen. Häufigste Ursache dafür ist die hohe Verschuldung und die damit verbundenen Zahlungsverpflichtungen für Kredite und Zinsen. Diese belasten Jahr für Jahr den kommunalen Haushalt und erschweren den notwendigen Haushaltsausgleich.

Eine hohe Verschuldung und die damit verbundenen Zahlungsverpflichtungen für Kredite und Zinsen reduzieren die Entwicklungschancen gerade im Bereich von Betreuung, Bildung und Infrastruktur. Nur eine nachhaltige Finanzpolitik schafft die Voraussetzung für die künftige Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand.

Das Vorhaben der hessischen Landesregierung, zur Tilgung kommunaler Verbindlichkeiten einen Betrag von bis zu 3 Mrd. Euro in einem Fonds zur Verfügung zu stellen, wird ebenso begrüßt, wie das Prinzip der Freiwilligkeit, den Schutzschild in Anspruch zu nehmen. Die Notwendigkeit der beteiligten bzw. angesprochenen Kommunen, ihre eigene Leistungskraft vor Inanspruchnahme der Solidarität vollends auszuschöpfen ist dabei selbstverständlich.

Leif Blum, MdL
Fraktionsvorsitzender

Ralf Arnemann
Stadtverordneter